

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Westenthaler, Ursula Haubner  
und Kollegen

eingebraucht im Zuge der dringlichen Debatte zu dem dringlichen Antrag betreffend türkisch-kurdische Ausschreitungen in Österreich

betreffend Verbot türkischer und kurdischer Versammlungen

Türken und Kurden tragen zunehmend ihre gewaltsamen Konflikte auch in Österreich aus. So nehmen in den letzten Monaten Straßenschlachten zwischen Türken und Kurden erschreckend zu: In jüngster Zeit kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen in St. Pölten, Salzburg, Linz, Graz und Innsbruck. In Tirol soll sogar von Schusswaffen Gebrauch gemacht worden sein. In Graz wurden unbeteiligte Passanten, darunter die FPÖ-Spitzenkandidatin für die Gemeinderatswahl, Susanne Winter, verprügelt. In Linz fuhrn Türken mit zwei Autos in eine Kurden-demonstration.

Insbesondere der letzte Fall einer wahren Straßenschlacht zwischen Türken und Kurden mit 100 Beteiligten und mehreren Schwerverletzten sowie eines Brandanschlags mit einem Molotow-Cocktail gegen ein türkisches Vereinslokal am vergangenen Sonntag in Wien-Favoriten erschreckte die österreichische Bevölkerung und lässt eine zunehmende Bedrohung für die öffentliche Sicherheit erkennen. Geschäftsleute mussten ihre Lokale zusperren und verbarrikadieren.

Die Ausschreitungen der Türken und Kurden beschränkten sich jedoch nicht bloß auf die Straße. Im Anschluss an die Auseinandersetzungen versuchte ein Unbekannter im UKH Meidling zu einem Verletzten vorzudringen. Dabei trat er die Tür zur Intensivstation ein und schlug einen Arzt nieder. Der niedergeschlagene Arzt befindet sich nun selbst in ärztlicher Behandlung. Erst nach dem Angriff gegen den Arzt bezog die WEGA Stellung im Krankenhaus.

Nach einem Artikel des Kurier vom Dienstag dieser Woche seien die ermittelnden Polizisten im Spital von den Verletzten und den sich als Angehörige ausgebenden Besuchern auf Fragen nach dem Tathergang zunächst mit den Worten abgewiesen worden, „die Angelegenheit selbst regeln“ zu wollen. Eine derartige offenbar traditionsbedingte Ankündigung der Selbstjustiz müsste für die Polizei ein ernsthaftes Warnsignal darstellen.

In Österreich stehen nach diversen Schätzungen 200.000 Türken (bzw. türkischstämmige Österreicher) ungefähr 100.000 Kurden (bzw. kurdischstämmigen Österreichern) gegenüber. Die ohnehin angespannte Lage zwischen den beiden Volksgruppen verschlechtert sich zunehmend durch den drohenden Einmarsch der Türkei in die Kurdengebiete des Nordirak und durch Gerüchte über eine schleichende Vergiftung des PKK-Führers Abdullah Öcalan mit Strontium und Chrom in türkischer Gefangenschaft. In Österreich rüsten Vertreter beider Konfliktparteien gleichzeitig nicht nur in der verbalen Auseinandersetzung auf: Nach Aussage des Polizei-Oberst Buchegger vom Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung sei die Stimmung zwischen Türken und Kurden aufgeheizt. Es gibt auch Ankündigungen von türkischer wie von kurdischer Seite nurnmehr in Gruppen auf die Straße zu gehen.

Erschreckend ist, dass selbst angesichts der massiven Gewaltakte der letzten Zeit z.B. die Wiener Integrationsstadträtin Frauenberger (SPÖ) jegliches Integrationsproblem noch gänzlich leugnet und den Kopf in den Sand steckt. Auch die Polizeiführung versucht laut einigen

Hinweisen von Medienberichterstatern in ihrer offiziellen Bekanntgabe zu den Vorfällen vom Sonntag augenscheinlich zu kalmieren und das Ausmaß der Gewalttätigkeiten bewusst herunterzuspielen: Die Straßenschlacht wurde als Privatfehde dargestellt, der Brandanschlag ganz verschwiegen.

Dabei war die sonntägliche Straßenschlacht offenbar sogar vorhersehbar. Bereits zwei Stunden vor den Ausschreitungen wurde die Polizei durch einen Passanten von entsprechenden Plänen informiert. Der Polizei konnten sogar drei Autokennzeichen Verdächtiger mitgeteilt werden. Allerdings war die Polizei nicht in der Lage, die Spur der späteren Randalierer aufzunehmen und die Schlachten auf Wiener Straßen zu verhindern. „Momentan tun wir uns ein bisserl schwer“, so der Ermittlungsleiter Michael Mimra von der Kripo Süd. Auch der Brandanschlag war zwar im Internet angekündigt, wurde von der Polizei aber nicht verhindert.

Für kommenden Samstag ist in Wien bereits die nächste „Demonstration“ angemeldet und sollte ursprünglich sogar vom Westbahnhof über die Mariahilfer Straße zur türkischen Botschaft führen. Durch die energischen Proteste des BZÖ am gestrigen Tag konnte dies jedoch verhindert werden. Die Demonstration nimmt nun eine andere Route. In Innsbruck wird am Samstag eine Demonstration von Kurden und Türken unter Beteiligung der Jungsozialisten stattfinden. In Linz wird am kommenden Sonntag eine Demonstration von ca. 8.000 Türken erwartet.

Angesichts der eskalierenden Gewalttaten im Rahmen türkischer bzw. kurdischer Versammlungen müssen derartiger Versammlungen verboten werden, um die Sicherheit der Bürger sicherzustellen und eine erhebliche Beeinträchtigung des öffentlichen Lebens zu unterbinden. Dies gilt erst recht, da Ender Karadas, Sprecher der Kurden in Österreich, erklärte, letztlich hänge alles von der weiteren politischen Entwicklung in der Türkei ab: „Wenn es zu einem Einmarsch in den Nordirak kommt, kann ich mir gar nicht vorstellen, was dann in Europa passieren könnte.“ Diese versteckte Drohung und der fortgesetzte Angriff gegen die öffentliche Ordnung Österreichs ist nicht hinzunehmen. Österreich muss wieder sicherer werden!

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher nachstehenden

### **Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird ersucht,

1. bis zur Entspannung der türkisch-kurdischen Konflikte, mindestens jedoch bis zum 31.01.2008, sämtliche türkischen und kurdischen Versammlungen zu untersagen und
2. ehestmöglich einen runden Tisch mit den maßgeblichen Vertretern beider Gruppen einzurichten, um auf eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts in Österreich einzuwirken.“

Wien, am 08.11.2007


